



Betreff: öffentlich
Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 03.11.2010
Eingang 902: _____

Einreicher: Büro der Stadtverordnetenversammlung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
16.11.2010	Ausschuss für Gesundheit und Soziales
17.11.2010	Ausschuss für Finanzen
18.11.2010	Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung
23.11.2010	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
23.11.2010	Ausschuss für Bildung und Sport

Inhalt der Mitteilung:

Siehe Anlage:
Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



öffentlich

Betreff:

Übertragung der Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln des Schulträgers auf die Schulen

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP

Erstellungsdatum 16.08.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.09.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Möglichkeiten des Brandenburgischen Schulgesetzes auszuschöpfen und den Schulen die Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Sachmitteln mindestens in dem Umfang, wie diese für Lehrmittel bestimmt sind, zu übertragen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Zur pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam als Schulträger gehört unter anderem die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Lehrmittel. Das Brandenburgische Schulgesetz sieht in § 7 „Selbstständigkeit von Schulen“ die Möglichkeit der Übertragung von Entscheidungsbefugnissen über die Verwendung von Sachmitteln vom Schulträger auf die Schule vor.

Die einzelne Schule kennt die eigene Ausstattungssituation am besten und ist in der Lage aufgrund eines Budgets effizient und kostensparend Anschaffungen zu tätigen. Der Verwaltungsaufwand beim Schulträger würde sich bei einer dezentralen Beschaffung (wahrgenommen durch die einzelne Schule) in hohem Maße verringern und somit auch zu Kostenersparnissen führen.



öffentlich

Betreff:
Graffiti LSH

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Erstellungsdatum 18.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die SVV möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter bei der Pro Potsdam GmbH mit Entschiedenheit darauf zu dringen, dass die großflächigen Graffiti-Verunreinigungen an der Umfassungsmauer des denkmalgeschützten Ensembles Luftschiffhafengelände zur Zeppelinstraße hin kurzfristig beseitigt werden.

Gesellschaftervertreter und Aufsichtsratsmitglieder werden gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Pro Potsdam und ihre Tochtergesellschaft Ihrer Verpflichtung als städtische Gesellschaften nachkommen, eine Vorbildfunktion wahrnehmen und zukünftig Graffiti Verunreinigungen kurzfristig und im Ansatz beseitigt werden.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

gez. M. Schröder
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der derzeitige Zustand an einer Haupteingangsstraße der Stadt ist unerträglich. Über rund 100 m ist die Klinkermauer verunreinigt und macht den Eindruck, dass sich dahinter ein Abrissgelände befindet. Als wirksamste Strategie für wachsende Graffiti Verunreinigungen hat sich die schnellste Beseitigung bereits im Ansatz erwiesen. Während Privateigentümer in der Landeshauptstadt dafür beträchtliche Mittel ausgeben, scheint es eine städtische Gesellschaft gleichgültig zu lassen.



öffentlich

Betreff:

Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 15.12.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
27.01.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Leitlinien für die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen, sowie mit Jungen und jungen Männern im Rahmen der Kommunalen Kinder- und Jugendhilfeplanung der Landeshauptstadt Potsdam auf Grundlage des § 9 Abs. 3 KJHG bis zum 2. Quartal 2010 zu erstellen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bei der Persönlichkeitsentwicklung eines jungen Menschen spielt die Wahrnehmung der eigenen Geschlechtszugehörigkeit eine wichtige Rolle. Dabei kann zwischen dem biologischen, dem gefühlten und dem durch andere zugeschriebenen Geschlecht unterschieden werden. So befinden sich Jungen und junge Männer in unserer Gesellschaft aus mehreren Gründen in einem Spannungsverhältnis, das zu besonderen Lebenslagen führt, die sich von den Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen unterscheiden.

Schwierigkeiten in der Entwicklung zum Mann und zur Frau entstehen aus widersprüchlichen Rollenzuweisungen einer Gesellschaft, in der einerseits traditionelle patriarchale Männlichkeits- und tradierte Weiblichkeitsvorstellungen immer noch stark verbreitet sind und andererseits mehr Flexibilität und Partnerschaftlichkeit von Männern und Frauen verlangt wird. So haben insbesondere neue Vorstellungen von Männlichkeit nicht die gleiche Verbindlichkeit wie traditionelle männliche Rollenbilder. Rollenerwartungen durch die Umwelt bedeuten immer auch eine Einschränkung und Bewertung der individuell erlebten Fähigkeiten. Einzelne passen sich an, indem sie eigene Fähigkeiten, die als nicht passend erlebt werden, einschränken oder ganz ablegen. Wenn "Eigenes" nicht zum "Erwarteten" passt, entsteht Verunsicherung.

Aus diesen gesellschaftlichen Bedingungen und besonderen Lebenslagen, sollen gemäß dem gesetzlichen Auftrag in § 9 Abs. 3 SGB VIII in geschlechtsspezifisch differenzierter Arbeit Lebenslagen reflektiert, Geschlechterrollen hinterfragt und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen gefördert werden. Die dazu zu erstellenden Leitlinien sollen als Basis für geschlechtsspezifisches Arbeiten in den mit Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam tätigen Einrichtungen dienen. Der Verwaltung können derartige Leitlinien helfen, bestehende Angebote zu vergleichen, Bedarfe zu erkennen und Anforderungs- und Prüfkriterien für die Evaluation geförderter Einrichtungen zu etablieren.